

Hat Salvini sich verrechnet?

Italiens rechter Innenminister sprengte die Regierung, um selbst Premier zu werden.
Doch stattdessen könnte eine Regierung links der Mitte das Land übernehmen.

Von Floo Weißmann

Rom – In Italien mehren sich die Anzeichen dafür, dass Matteo Salvini, Innenminister und Chef der rechten Lega, den Machtpoker möglicherweise verliert. Angesichts günstiger Umfragen hatte er die Regierung mit den linken Fünf Sternen gesprengt, um aus Neuwahlen als Sieger hervorzugehen und selbst Regierungschef zu werden. Doch nun sieht es danach aus, dass er möglicherweise wieder auf die Oppositionsbank muss.

Seit gestern sondiert Staatspräsident Sergio Mattarella mit den Parlaments- und Parteichefs. Alles läuft auf eine Frage hinaus: Können sich die Fünf Sterne und der sozialdemokratische PD auf eine neue Regierung einigen – und damit Neuwahlen und einen Premier Salvini verhindern?

„Im Moment gibt es tatsächlich sehr viel Bewegung“ in diese Richtung, sagte der Politologe Jan Labitzke von der Politischen Italien-Forschung an der Uni Gießen der *TT*. Beide Seiten seien sich einig, dass es nicht allein um eine Übergangsregierung geht, sondern um eine Zusammen-



Staatspräsident Sergio Mattarella will bis nächste Woche klären, wie es in Italien weitergeht.

Foto: AFP/Solaro

arbeit für den Rest der Legislaturperiode. Diese würde Salvini die Bühne als Innenminister nehmen, auf der er

sich als starker Mann inszeniert hat, und könnte mit Lösungen das Protestpotenzial der Lega schrumpfen.

Für eine längere Kooperation spricht auch, dass 2021 im Parlament ein Nachfolger von Mattarella zu bestellen ist. Die Fünf Sterne und der PD wollen einen Staatschef von Salvinis Gnaden verhindern.

Doch es gibt Fallstricke. Zwischen beiden Parteien hatte es zuletzt scharfe Worte gegeben – bis hin zu Beleidigungen unter der Gürtellinie, wie Labitzke berichtet. Dazu kommen programmatische

Differenzen. Der PD stellte gestern Bedingungen für eine Koalition. Es müsse sich um eine „Regierung der Umkehr“ handeln, die sich u. a. zu Europa, zum Umweltschutz und zu einer neuen Migrationspolitik bekennt, sagte Parteichef Nicola Zingaretti. Der PD fordert laut Labitzke auch ein Investitionsprogramm mit Projekten, denen die Fünf Sterne kritisch gegenüberstehen.

Dazu kommt Unsicherheit, was die Pläne des früheren Premiers und PD-Chefs Matteo Renzi betrifft. Es geht das Gerücht um, dass er sich ab-

spalten und eine neue Zentrumsparterie gründen könnte. Labitzke spricht von einem Risikofaktor für eine Koalition: „Könnte Renzi irgendwann den Stecker ziehen?“

Den Schwierigkeiten zum Trotz beobachtet der Experte auf beiden Seiten den Willen, ernsthaft über eine gemeinsame Regierung zu verhandeln – und damit Salvinis Pläne zu durchkreuzen. Für Europa wäre eine solche Regierung wahrscheinlich ein verlässlicherer Partner als eine, die von Salvini geführt wird. Der Innenminister, eben noch der starke Mann in Rom, steht nun wie ein Verlierer da.

Er hat laut Labitzke die Feindschaft zwischen den Fünf Sternen und dem PD sowie den politischen Gegenwind falsch eingeschätzt. Nun wird auch erste parteiinterne Kritik an dem selbstherrlichen Lega-Chef laut.

„Salvini bekommt kalte Füße, weil sein Plan bisher nicht so aufgeht, wie er sich das erhofft hat“, meint Labitzke. Dafür spricht auch, dass er den Fünf Sternen angeboten hat, die Zusammenarbeit fortzusetzen. Allerdings ist nicht ausgeschlossen, dass das Projekt einer Anti-Salvini-Koalition schon im Ansatz oder nach kurzer Zeit scheitert und es doch zu baldigen Neuwahlen kommt, bei denen Salvini triumphiert.

Staatspräsident Mattarella will angeblich bis Anfang nächster Woche Klarheit schaffen, wie es in Italien weitergehen soll. Mit Blick auf die Finanzmärkte solle die Phase der Unsicherheit möglichst kurz gehalten werden.



Die USA wollen, dass der Tanker nirgends anlegen kann. Foto: AFP/Bugeja

Tanker: USA drohen Griechenland

Washington, Athen – US-Außenminister Mike Pompeo hat im Fall des im Mittelmeer fahrenden iranischen Öltankers „Adrian Darya 1“ mit Strafmaßnahmen gedroht. Jeder, der das Schiff unterstütze oder die Einfahrt in die Häfen erlaube, riskiere, mit US-Sanktionen belegt zu werden, erklärte er. Sollte das Schiff wieder Kurs auf Syrien nehmen, würden die USA alle in Einklang mit den Sanktionen stehenden Maßnahmen ergreifen, um dies zu verhindern, so Pompeo. Das Schiff hat Gibraltar am Sonntag verlassen. Schiffsdaten vom Dienstag ergeben, dass der Tanker Kurs auf den griechischen Hafen Kalamata aufgenommen hat. Eine offizielle Anfrage zum Anlegen lag nach griechischen Angaben aber zunächst nicht vor. Die griechische Regierung erklärte gestern, die Reise des Öltankers nicht zu unterstützen. Das Schiff hat etwa zwei Millionen Barrel Öl geladen. Die USA sehen Verbindungen zwischen dem Tanker und den iranischen Revolutionsgarden, die von den USA als Terrororganisation eingestuft werden. (*dpa, APA, Reuters*)

Trump sagt wegen Grönland Besuch ab

Washington, Kopenhagen – Nach der Weigerung der dänischen Regierung, einen Verkauf Grönlands an die USA in Betracht zu ziehen, sagte US-Präsident Donald Trump einen für Anfang September geplanten Besuch in Dänemark ab – per Twitter. In Kopenhagen wurde Trumps Entscheidung mit großer Verwunderung aufgenommen. „Angesichts der Kommentare von Regierungschefin Mette Frederiksen, dass sie nicht an Gesprächen über einen Verkauf von Grönland interessiert wäre, werde ich das in zwei Wochen geplante Treffen auf einen anderen Zeitpunkt verschieben“, erklärte Trump am Dienstag (Ortszeit) auf Twitter. Frederiksen habe mit ihren „direkten“ Äußerungen sowohl den USA als auch Dänemark viel Aufwand erspart. „Ich danke ihr dafür und stelle mich auf eine neue Terminvereinbarung irgendwann in der Zukunft ein“, schrieb Trump. Ein Sprecher des Weißen Hauses erklärte, die gesamte Dänemark-Reise sei gestrichen. In Kopenhagen versteht man die (Trump-)Welt nicht mehr. Die kurzfristige Absage der Reise sei „eine Überraschung“, hieß

es aus dem dänischen Königshaus. „Die Realität übertrifft die Vorstellungskraft – dieser Mann ist unberechenbar“, bemerkte Morten Ostergaard von der Sozialliberalen Partei. Der Grönland-Beauftragte der Konservativen, Rasmus Jarlov, nannte Trumps Verhalten „beleidigend“ und stellte die rhetorische Frage: „Stehen denn Teile der USA zum Verkauf? Alaska? Erweisen Sie doch ein bisschen Respekt!“ Anders Fogh Rasmussen, früherer NATO-Chef und Ex-Regierungschef Dänemarks, sah in der Absage des Besuchs einen Rückschlag für die diplomatischen Beziehungen der beiden Staaten. Der ehemalige US-Botschafter in Kopenhagen, der Demokrat Rufus Gifford, bat Dänemark und Grönland um Verzeihung: „Er ist wie ein Kind. Er blamiert das ganze Land“, so Gifford auf Twitter.

Der US-Präsident hatte am Sonntag ein Interesse am Kauf der Insel bestätigt, die als autonomes Gebiet zu Dänemark gehört. Ein Kauf wäre „sicherlich strategisch interessant“ und „im Grunde genommen ein großes Immobiliengeschäft“, sagte der Immobilienmogul. (*APA, AFP, dpa, TT*)

Kauf unmöglich

Kalaallit Nunaat – wie indigene Einwohner ihre Insel Grönland nennen – gehört zwar zur dänischen Krone, genießt aber seit 1979 weitgehende Autonomie, die 2009 nochmals erweitert wurde. Ein Kauf der Insel von Dänemark ist nach einer Analyse des früheren juristischen Beraters des US-Außenministeriums Scott R. Anderson eine „rechtliche und politische Unmöglichkeit“. Der Anwalt für internationales Recht verweist auf das Völkerrecht. Demnach haben die Grönländer ein Recht auf Selbstbestimmung. An ihnen vorbei kann Kopenhagen nichts entscheiden – und will es auch gar nicht.

Dänemark spricht nur noch bei der Außen- und Verteidigungspolitik mit. Die Insel ist zwar finanziell massiv abhängig von Kopenhagen. Dennoch wurde auf Grönland immer wieder der Ruf nach voller Unabhängigkeit laut. Theoretisch könnte sich Grönland von Dänemark lossagen und eine engere Partnerschaft mit den USA eingehen. Der dänisch-grönländische Vertrag von 2009 erlaubt den Inselbewohnern ein Unabhängigkeitsreferendum, das vom Parlament in Kopenhagen gebilligt werden muss.

Trump ist nicht der Erste, der ein Auge auf die Insel geworfen hat. In den 1860ern gab es einen ersten US-Vorstoß zum Kauf. Doch dieser scheiterte. Nach dem Zweiten Weltkrieg boten die USA 100 Mio. US-Dollar für Grönland. (*dpa*)

Sie geben sich gesprächsbereit, sind aber hart im Brexit-Streit

Berlin – Im Ringen um einen geregelten Austritt Großbritanniens aus der EU beharren die Regierungen in Berlin und London auf ihren Positionen. Beim gestrigen Antrittsbesuch des britischen Premiers Boris Johnson bei Kanzlerin Angela Merkel signalisierten beide Regierungschefs Gesprächsbereitschaft, blieben in der Sache aber hart. Merkel hält eine Lösung des Irland-Problems bis zum EU-Austritt Großbritanniens für möglich. Der „Backstop“ sei nur als Übergangsregel für die nicht endgültig gelöste Irland-Frage gedacht gewesen. Man sei davon ausgegangen, eine endgültige Lösung in den nächsten zwei Jahren zu finden. „Aber man kann sie vielleicht ja auch in den nächsten 30 Tagen finden. Warum nicht? Dann sind wir ein ganzes Stück weiter.“

Johnson sagte erneut: „Der Backstop weist große, große Mängel auf für ein souveränes, demokratisches Land wie das Vereinigte Königreich. Er muss einfach gestrichen werden.“ Johnson konstatierte, dass auch Großbritannien einen „verhandelten Austritt“ aus der EU, keinen ungeregel-



Kühler Empfang: Kanzlerin Angela Merkel traf in Berlin den britischen Brexit-Premier Boris Johnson.

Foto: AFP/Odd Andersen

ten Brexit wolle. „Wir schaffen das“, merkte er in Anspielung auf einen Satz Merkels während der Flüchtlingskrise an.

Der Backstop sieht vor, dass Großbritannien so lange Teil einer Zollunion mit der EU bleiben soll, bis eine andere Lösung gefunden ist, die Kontrollen überflüssig macht. Für Nordirland sollen teils Regeln des europäischen Binnenmarkts gelten. Die Brexit-Hardliner in Johnsons Tory-Partei fürchten, dass Großbritannien durch den Backstop dauerhaft eng an die EU gebunden bleiben könnte.

Eigenständige Handelspolitik wäre so unmöglich.

Johnson, der heute nach Paris reist, hat sich verpflichtet, Großbritannien am 31. Oktober aus der EU herauszuführen – mit oder ohne Abkommen. Er hatte in einem Brief an EU-Ratschef Donald Tusk offiziell die Streichung der von der EU verlangten Garantieklausel für eine offene Grenze in Irland gefordert. Anstelle dieses Backstops stellte er andere „Verpflichtungen“ Großbritanniens in Aussicht. Was damit gemeint ist, ließ er offen. (*TT, dpa*)